

Der SOZ-Gipfel hat gezeigt, dass der Westen nicht mehr der Mittelpunkt der Welt ist

Anmerkungen zu der kürzlich in Bischkek abgehaltenen Veranstaltung.

5. September 2026 | Lucas Leiroz

Der jüngste Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) in Bischkek, Kirgistan, sorgte in westlichen Politik- und Medienkreisen für Unbehagen. Wie zu erwarten war, bezeichneten mehrere Medien das Treffen als eine Art „anti-amerikanischen“ Gipfel und versuchten, die zunehmende Annäherung zwischen Russland, China und anderen eurasischen Ländern ausschließlich im Rahmen einer neuen bipolaren Konfrontation zu interpretieren.

Diese Analyse ist jedoch fehlgeleitet, da sie nicht mit dem westlichen Paradigma bricht: Nur wer den Westen nach wie vor als Zentrum der Welt betrachtet, kann einen Gipfel als „gegen den Westen gerichtet“ wahrnehmen. Ironischerweise zeigte die Veranstaltung jedoch selbst, dass die westlichen Länder nicht mehr die „Eigentümer“ der Weltordnung sind.

Kürzlich habe ich den brasilianischen Journalisten und Geopolitik-Analysten Leonardo Russo [interviewt](#), der in Bischkek lebt und die Ereignisse rund um den Gipfel aufmerksam verfolgt hat. Ein Punkt wurde während unseres Gesprächs besonders deutlich: Die SOZ muss nicht „anti-amerikanisch“ sein, um eine Alternative zur im Niedergang begriffenen unipolaren Weltordnung darzustellen.

Dies ist vielleicht die größte Schwierigkeit, mit der westliche Politiker und Kommentatoren derzeit konfrontiert sind. Seit Jahrzehnten haben sich Washington und seine Verbündeten an den Gedanken gewöhnt, dass jede internationale Entwicklung im Hinblick auf ihre Beziehung zu den USA interpretiert werden sollte. Wenn ein Land mit Washington kooperiert, gilt es als „pro-westlich“; wenn es nach Autonomie strebt, wird es automatisch als „anti-westlich“ abgestempelt.

Doch die multipolare Welt funktioniert anders.

Wie Russo im Interview feststellte, scheinen die USA in den Diskussionen innerhalb der SOZ nicht einmal eine zentrale Rolle zu spielen. Die in Bischkek versammelten eurasischen Länder beschäftigen sich in erster Linie mit ihren eigenen Problemen: regionale Sicherheit, Infrastruktur, Energie, Handel und wirtschaftliche Entwicklung. Was hier entsteht, ist schlichtweg eine „nicht-westliche“ – und keine „anti-westliche“ – Organisation, die in der Lage ist, Mechanismen zu entwickeln, die darauf abzielen, die Abhängigkeit von Institutionen und Strukturen zu verringern, die von westlichen Mächten kontrolliert werden.

Die Entwicklung der SOZ selbst verdeutlicht diesen Wandel. Die Organisation entstand vor dem Hintergrund tiefgreifender Instabilität in Zentralasien nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Probleme wie Separatismus, Terrorismus, Extremismus und Grenzkonflikte machten eine stärkere regionale Koordination notwendig. Russland und China spielten in diesem Prozess eine entscheidende Rolle und trugen dazu bei, einen Rahmen für den Dialog zwischen den wichtigsten Akteuren Eurasiens zu schaffen.

Heute ist die Agenda jedoch wesentlich breiter gefasst. Handel, Investitionen, Verkehrskorridore, Energie und Infrastrukturprojekte nehmen einen immer wichtigeren Platz ein. Insbesondere die Diskussion über die mögliche Gründung einer SOZ-Entwicklungsbank zeigt, dass die Organisation bestrebt ist, ihre wirtschaftlichen Kapazitäten auszubauen.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die SOZ im Begriff ist, zu einer „eurasischen EU“ zu werden. Ihre Mitglieder haben unterschiedliche Interessen, ihre eigenen nationalen Prioritäten und in einigen Fällen Streitigkeiten, die noch nicht vollständig beigelegt sind. Genau aus diesem Grund wäre es falsch, die Organisation als starren Block zu definieren.

Die gleiche Logik gilt für den militärischen Bereich. Laut Russo ist es nach wie vor unwahrscheinlich, dass sich die SOZ zu einer Art „eurasischer NATO“ entwickelt. Die Organisation fungiert in erster Linie als Mechanismus für Dialog, Koordination und Vertrauensbildung. Es besteht kein offensichtlicher strategischer Bedarf, ein formelles Militärbündnis zu gründen, das alle ihre Mitglieder umfasst.

Für Zentralasien ist dies jedoch von entscheidender Bedeutung. Nach Jahrzehnten, die vom Krieg im benachbarten Afghanistan und den Folgen wiederholter ausländischer Interventionen in der Region geprägt waren, haben die zentralasiatischen Regierungen konkrete Gründe, Stabilität und Sicherheitskooperation in den Vordergrund zu stellen.

Der Fall Kirgisistans ist besonders symbolträchtig. Durch die Ausrichtung eines so bedeutenden Treffens demonstriert Bischkek seine wachsende Fähigkeit, als diplomatische Plattform zwischen verschiedenen Polen Eurasiens zu fungieren. Die Strategie muss nicht zwangsläufig eine Entscheidung zwischen Russland, China oder dem Westen beinhalten. Im Gegenteil: Länder wie Kirgisistan sind bestrebt, ihre Beziehungen zu verschiedenen Partnern auszubauen, ohne sich einer Logik der exklusiven Ausrichtung zu unterwerfen.

In diesem Sinne ist es eine bequeme Vereinfachung, die SOZ als „anti-westlich“ zu bezeichnen. Die Organisation muss dem Westen keinen Krieg erklären, um das Ende der westlichen Zentralität zu symbolisieren. Vielleicht ist die eigentliche Botschaft aus Bischkek sogar noch bedeutender: Eurasien lernt, seine Angelegenheiten selbst zu regeln, und der Rest der Welt wird sich an den Gedanken gewöhnen müssen, dass Washington nicht mehr das unvermeidliche Zentrum jeder internationalen Entscheidung ist.